

---

## **Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie: „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“**

Präsentation am Montag, 30. Januar 2006 in Berlin

### **Einleitung**

Europa befindet sich derzeit in einer paradoxen Situation. Einerseits verlangen die Bürgerinnen und Bürger Lösungen für die großen Probleme der heutigen Zeit von der EU. Andererseits besteht ein zunehmendes Misstrauen gegenüber den Europäischen Institutionen und der europäischen Politik, teilweise auch ein regelrechtes Desinteresse. In der immer wieder aktuellen Debatte um die politische Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialsystemen wird auch in Deutschland die Frage nach Kosten und Nutzen der EU laut. „Rechnet“ sich Europa für Deutschland? Ist die EU im vitalen Interesse Deutschlands?

Diese Debatte zu Europa ist in Deutschland vielfach geprägt durch eine Mischung aus Larmoyanz und Arroganz, Kritik und Überheblichkeit als sei man nicht selbst einer der Hauptverantwortlichen für die Entwicklung und den derzeitigen Zustand der EU. Auch sollte angesichts des erreichten Standes der Integration und der gegenseitigen Verflechtungen klar sein, dass der Nutzen der EU-Mitgliedschaft nicht mehr nur in Handelströmen und Haushaltszahlen zu bemessen ist, sondern der allgemein politische und gesamtgesellschaftliche Nutzen stärker berücksichtigt werden muss.

Es war deshalb ein wichtiger Schritt, dass die Europa-Union Deutschland und das Netzwerk Europäische Bewegung die Initiative für diese Studie ergriffen haben. Der Dank gilt den Herausgebern Prof. Wolfgang Wessels und Dr. Udo Diedrichs vom Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaften der Universität Köln, den Autoren und den Unterstützern: der METRO AG, sowie den Metallarbeitgeberverbänden Hessen Metall, Südwestmetall und Metall NRW.

Die Studie versucht in sechs zentralen Politik- und Handlungsfeldern eine seriöse und soweit möglich wissenschaftlich abgesicherte Einschätzung über Kosten und Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft zu liefern. Sie behandelt dabei den Standort Deutschland und die Bedeutung des EU-Binnenmarktes, die Auswirkungen der einheitlichen Währung, die Effekte der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt, die Frage des deutschen Beitrags in den EG-Haushalt und die Rolle der europäischen Außenpolitik für die Bundesrepublik. Zum Abschluss werden Strategien präsentiert, die angesichts der aktuellen Herausforderungen und vor dem Hintergrund der jüngsten Erfahrungen versuchen, das mittlerweile unübersichtliche Feld an Lösungsvorschlägen zu filtern und zu ordnen und eine pragmatische Vision deutscher Europapolitik zu präsentieren.

Die nun hier vorliegende Zusammenfassung soll Ihnen einen Überblick über die Ergebnisse der umfangreichen Studie geben, aber auch als Argumentationshilfe dienen, wenn es darum geht, die vielen Vorteile der EU-Mitgliedschaft Deutschlands, die nicht immer für jeden greifbar und offensichtlich sind, mit klaren Untersuchungsergebnissen zu untermauern.

Mit Hilfe dieser Studie wird dann hoffentlich eines wieder klar: Deutschland hat ein vitales Interesse an der Europäischen Union. Wie überall auf allen Ebenen gibt es auch kritikwürdige Mängel. Aber was wäre die Alternative zur EU?

---

---

## Ergebnisse

Um gleich einen wesentlichen Befund der sechs Einzeluntersuchungen zu präsentieren: **Die EU lohnt sich für Deutschland.** Alle Beiträge kommen in unterschiedlicher Weise und mit sehr variantenreichen Argumentations- und Untersuchungsansätzen zu einer generell positiven Einschätzung der deutschen EU-Mitgliedschaft. Gleichzeitig muss aber auch festgehalten werden: Die EU kostet Deutschland etwas, sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. Dass die Kosten oft stärker im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen als der Nutzen, stellt dabei ein eigenes Problem dar. Verschwiegen werden dürfen sie nicht. Es kann aber noch mehr gesagt werden. So ergeben sich Kosten oft aus der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands oder einer nur schwach ausgeprägten Anpassung an europäische und internationale Realitäten.

Die EU übernimmt dabei häufig die Rolle eines Indikators für Probleme, die auf nationaler Ebene angelegt sind und auch dort gelöst werden können. Die Unfähigkeit, eigene hausgemachte Defizite nachhaltig zu beseitigen, wird nicht selten terminologisch umgemünzt, um als europäisch verursachter Kostenfaktor wiederzuerscheinen. In den meisten Fällen kommen die Beiträge dieser Studie zu dem Befund, dass die Höhe der Kosten einer EU-Mitgliedschaft durch Deutschland zu einem erheblichen Teil mitbestimmt und beeinflusst werden kann und nicht gleichsam schicksalhaft bestimmt ist.

Im Folgenden wird der Blick auf die sechs untersuchten Bereiche gerichtet und auf Problemfelder, Analysen und politische Handlungsempfehlungen eingegangen.

### 1. Wirtschaftsstandort Deutschland: die Auswirkungen des EU Binnenmarktes auf die deutsche Wirtschaft (Prof. Rolf Sternberg)

Die Untersuchung beschäftigt sich mit der aktuellen Positionierung Deutschlands in der Standortdebatte und wirft auch die Frage auf, ob es „den“ Wirtschaftsstandort Deutschland überhaupt gibt. Gerade mit Blick auf die bereits bestehenden innerdeutschen Standortunterschiede, sei bei der Untersuchung der Auswirkungen des EU-Binnenmarktes auf die deutsche Wirtschaft stärker zu differenzieren.

Darüber hinaus wird in der Untersuchung ein theoretischer Ansatz zu ökonomischen Wirkungen wirtschaftlicher Integrationsprozesse auf Volks- und Regionalwirtschaften gegeben und in drei empirischen Blöcken die Effekte des EU-Binnenmarktes in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung, auf die EU-Osterweiterung und auf die deutschen Regionalwirtschaften untersucht.

Die Ergebnisse lassen sich in den folgenden Punkten festhalten:

- Der Standort Deutschland hat vom europäischen Binnenmarkt grundlegend profitiert.
- Auch wenn der Effekt in Deutschland geringer als in anderen Mitgliedstaaten ausfallen dürfte, liegt er immerhin bei 1 Prozent des BIP
- Die geografische Nähe zu den Ländern Mittel- und Osteuropas ist eine wichtige Determinante für den Nutzen der EU-Erweiterung, so dass Deutschland insgesamt stärker profitieren wird als westlicher gelegene Staaten der EU
- Dieses Ergebnis lässt sich auch auf die Regionen Deutschlands übertragen: auch hier profitieren die Grenzregionen mehrheitlich stärker und langfristiger
- Es wird davon ausgegangen, dass dieser Nutzen die fiskalischen Belastungen Deutschlands durch die Nettotransfers an die Beitrittsländer kompensiert.
- Mit Blick auf ein „vorher – nachher“ kann man sagen, dass für Deutschland die durch die EU-Erweiterung hervor gerufenen positiven Effekte die bereits im Vorfeld der Erweiterung durch Handelsliberalisierung erzielten Zuwächse übertreffen

Man kann sagen, dass Deutschland als Wirtschaftsstandort vom EU-Binnenmarkt auch weiterhin profitiert und dass die EU-Erweiterung diesen Effekt erheblich verstärkt. Allerdings schöpft Deutschland dieses Potenzial derzeit nicht aus. Es werden deshalb folgende Handlungsempfehlungen gegeben:

- Der Nettonutzen für Deutschland wächst, wenn die deutsche Europapolitik die Potenziale des erweiterten EU-Binnenmarktes besser ausschöpft
  - Dazu sollten sich die deutschen Märkte noch konsequenter den mittel- und osteuropäischen Ländern öffnen, denn gerade mittelfristig wird Deutschland von der wachsenden Nachfrage in diesen Ländern nach human- und kapitalintensiven Produkten profitieren.
-



- Gefahren drohen Deutschland durch die Verlagerung von arbeitsintensiver Produktion und die Abwanderung ausländischer Investoren in die mittel- und osteuropäischen Länder.
- Die deutsche Europapolitik muss daher die Vorteile des Standort Deutschlands bei wissens- und technologieintensiven Produkten und Dienstleistungen stärker nutzen. Dazu gehört die zielgerichtete Investition in das Fundament deutscher komparativer Wettbewerbsvorteile: Aus- und Weiterbildung, Angewandte- und Grundlagenforschung in Hochschulen, Forschungseinrichtungen, aber auch in die Wirtschaft.

## **2. Deutschland und der Euro: Die Bedeutung des einheitlichen Währungsraums (Prof. Straubhaar und Dr. Weinert)**

In Deutschland war die Einführung der gemeinsamen Währung mit großen Bedenken behaftet. Nicht nur, was die Stimmung in der Bevölkerung betraf, sondern auch unter den Fachleuten gingen die Einschätzungen auseinander. 1992 warnten 155 Professoren in einem Manifest vor der unterschiedlichen Stabilitätskultur der potenziellen Teilnehmerländer. 1997 rieten sie zur Verschiebung wegen unzureichender finanzpolitischer Solidität, 1998 klagten vier Professoren vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Einführung des Euro.

Seit der Einführung des Euro hat sich gezeigt, dass diese Befürchtungen nicht bewahrheitet haben. Auch die Autoren dieses Studienteils sehen den Euro für Deutschland grundsätzlich als einen Erfolg an. So sei es gelungen, eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu betreiben, die in der Tradition der Bundesbank stehe und auch international erhebliche Glaubwürdigkeit erzielt habe. Deutschland profitiere von einem preis- und wechselkursstabilen Umfeld. Die aktuelle Wachstumsschwäche im Euroraum und insbesondere in Deutschland sei nicht unmittelbar auf den Euro zurückzuführen. Die Ergebnisse lassen sich im einzelnen wie folgt zusammenfassen:

### **Positive gesamtwirtschaftliche Performance**

- Der Euro ist eine stabile Währung – nach innen und nach außen. So genannte Weichwährungsländer haben die Stabilität nicht beeinträchtigt
- Der Wechselkurs unterlag zwar erheblichen Schwankungen zum US-Dollar, jedoch geringer, als die D-Mark in den 80iger und 90iger Jahren
- Hohe Preisstabilität sorgte schon früh für Vertrauen auf den Märkten. Verbraucherpreise lagen seit 2000 bei rund 2%, in D noch 0,5% darunter (das war zudem ein wichtiger Erfolg für die Reputation der EZB)
- Deutschland behielt seine alte währungspolitische Stabilität, erhielt aber durch den Euro zudem ein währungsstabiles Umfeld
- Gefühlte Inflation in der deutschen Bevölkerung lag 2002 weit über der tatsächlichen – Tendenz rückläufig

### **Deutlicher Handelseffekt**

- Der Handelseffekt der gemeinsamen Währung ist für Deutschland den meisten Schätzungen zufolge erheblich.
- Die Ausfuhr Deutschlands in die übrige Welt hat seit Beginn der Währungsunion stärker zugenommen als die in den Euroraum. Der Anteil des Euroraums betrug in den beiden vergangenen Jahren 43,5%, nachdem er sich im Jahr 1999 auf reichlich 45% belaufen hatte. Diese Entwicklung ist allerdings nicht zuletzt durch Wechselkursveränderungen des Euro bedingt. Vieles spricht dafür, dass sich der Handelseffekt des Euro in der Zukunft weiter verstärkt.
- Der Handel schaffende Effekt des Euro stärkt die handelsmäßige Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten. Die verringert die Wirkung von asymmetrischen Schocks (z.B. Ölpreisexplosionen, Naturkatastrophen) – im Gegensatz zu sektorspezifischen Schocks.

### **Effekte auf die Finanzmärkte**

- Die Integration des europäischen Finanzmarktes wurde durch den Euro ebenfalls gestärkt
- Das Volumen grenzüberschreitender Portfolio-Investitionen innerhalb des Euro-Raums erhöhte sich deutlich
- Verbraucher und Anleger profitieren von einer größeren Produktvielfalt des Finanzmarktes – die Diversifizierung der Kapitalanlagen von Haushalten und Unternehmen ist eine weitere Sicherung gegen asymmetrische Schocks
- Der europäische Kapitalmarkt ist für internationale Investoren attraktiv und stärkt die internationale Rolle des Euro

### **Finanzpolitik im Euroraum**



- Durch das Regime des Stabilitäts- und Wirtschaftspakts hat sich im Euroraum die Defizitquote deutlich verringert
- In den Jahren 1993-1999 lag sie bei rund 4,2%, von 1999 bis 2004 bei nur noch 1,8%
- Diese finanzpolitische Disziplin ist um so höher zu bewerten, als die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Jahr 2000 im Euro-Raum schwach war
- Insgesamt ist eine zurückhaltende Finanzpolitik im Euro-Raum unverkennbar, wenngleich die Defizitgrenze von 3 % u.a. Deutschland in den letzten Jahren überschritten wird
- Auch die Schuldenstandsquote ist im Euro-Raum bei 7 von 12 Ländern verringert worden; u.a. Deutschland und Frankreich haben sie jedoch erhöht

Die Schuldenstandsquote von 60 % ist mit der Defizitquote von 3 % kompatibel, sofern das BIP nominal um 5 % jährlich steigt. Wächst es langsamer, ist eine Finanzpolitik nur bei einem niedrigeren gesamtstaatlichen Defizit nachhaltig. In dieser Situation befinden sich der Euro-Raum und Deutschland.

- Das Produktionspotenzial – und damit mittelfristig die gesamtwirtschaftliche Produktion – wächst im Euro-Raum nur verhalten mit rund 2 % - in Deutschland noch geringer, rund 1,5 %
- Bei einem geschätzten Potenzialwachstum von knapp 2 % und beim Einhalten der Preisstabilität (derzeit rund 2 %), nimmt das nominale BIP mittelfristig um kaum 4 % zu.
- In Deutschland wird die Zunahme weit geringer ausfallen, da das Potenzialwachstum bei nur etwa 1 % liegt

#### **Perspektiven**

- Viele Anpassungsprozesse und Impulse haben einen unterschiedlichen Zeitbedarf. Viele Effekte der einheitlichen Währung sind daher zwar deutlich erkennbar, aber der Prozess ist noch lange nicht abgeschlossen.
- Mit dem Erhalt der Preisstabilität ist für Deutschland die geldpolitische Grundsituation erhalten geblieben. Der Euro ist in sofern ein Erfolg.
- Gesamtwirtschaftlich muss der Beweis noch erbracht werden – der Euro ist keineswegs eine Wachstumsbremse, aber ein Katalysator war er auch noch nicht.

#### **Daraus ergibt sich folgendes Fazit mit politischen Handlungsempfehlungen.**

- Dem Erfolg eines stabilen Euro steht eine in den vergangenen Jahren eher enttäuschende realwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gegenüber.
- Grundproblem: schwaches Wachstum des Produktionspotenzials
- Lösung hier: Angebotsbedingungen verbessern. Dafür sind Maßnahmen auf der Steuer- und Ausgabenseite nötig
- Der Euro und der Stabilitäts- und Wachstumspakt erhöhen den Druck auf marktwirtschaftlich ausgerichtete Reformen in Deutschland
- Diese Reformen müssen von der Politik schnellstmöglich in Angriff genommen werden

### **3. Arbeitsmarkt Deutschland: Effekte der EU-Mitgliedschaft (Prof. Schulz-Nieswandt und Prof. Werner Sesselmeier)**

Bei der Analyse der Effekte der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass sich zahlreiche Befürchtungen, mit der EU-Osterweiterung würde eine massive Abwanderung von Unternehmen in die mittel- und osteuropäischen Länder einhergehen, während umgekehrt Arbeitskräfte aus diesen Ländern nach Deutschland einströmen, nicht bewahrheiteten.

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung ist die Europäisierung des Konzepts der sozialen Marktwirtschaft verbunden mit der Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die Präambel zur EU-Verfassung spricht in diesem Zusammenhang von der EU als einen Raum „des Fortschritts und des Wohlstands zum Wohl all seiner Bewohner, auch der Schwächsten und Ärmsten“. Diesem Ziel der sozialen Integration – social inclusion – insbesondere durch Erwerbsarbeit soll auch die Beschäftigungspolitik der EU dienen.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Europäisierung von Märkten ist nur ein Teil des umfassenderen Prozesses der Globalisierung, in deren Zuge Unternehmen nicht nur durch Exporte in neue Märkte expandieren, sondern zunehmend in Schwellen- und Entwicklungsländern selbst produzieren



- Die Befürchtung, insbesondere die EU-Erweiterung und die Einführung der Dienstleistungsrichtlinie würden zu Verwerfungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt führen, ist in der prognostizierten Weise (bislang) nicht eingetreten
- Abwanderung von Unternehmen und damit Arbeitsplätzen in die mittel- und osteuropäischen Länder hat es bereits vor der EU-Erweiterung gegeben und der Prozess hat sich nach der EU-Erweiterung nicht beschleunigt
- Ebenso wenig ist es bislang zu großen Migrationen von Arbeitskräften aus mittel- und osteuropäischen Ländern gekommen. Wenn, dann temporär, nicht permanent.
- Im Ergebnis sind die Einflüsse der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt eher mittel- und langfristig zu sehen und beziehen sich stärker auf qualitative als auf quantitative Aspekte

Handlungsempfehlungen für diesen Bereich lassen sich folgend zusammenfassen:

- Eine gezielte Wachstumspolitik ist nach Aussage der Autoren eine unabdingbare Voraussetzung für sozialen Fortschritt in der EU. Dieses Wachstum ist nicht gegen die Prozesse der Europäisierung, Internationalisierung und Globalisierung der Wirtschaft zu erzielen
- Für Deutschland als kontinental-europäisch-konservativer Sozialstaatstypus bedeutet dies, dass Deutschland die EU als Chance nutzen sollte, die eigene Anpassungsfähigkeit an geänderte Rahmenbedingungen zu verbessern
- Deutschland muss vor dem Hintergrund einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung die Erwerbspotenziale besser nutzen und die Sozialschutzsysteme anpassen und optimieren
- Um Veränderungspotenziale zu erschließen, spricht vieles für die Stärkung der Offenen Methode der Koordinierung auf EU-Ebene hin zu einem stärkeren Benchmarking. Es wäre gut, wenn die deutsche Politik sich ebenfalls stärker an den in der Beschäftigungspolitik erfolgreichen Beispielen unserer europäischen Nachbarn orientierte.

Ein weiteres Fazit der Autoren: Auch wenn nur durch Wachstum eine merkliche Veränderung in der Beschäftigungsentwicklung zu erwarten sein wird, so bleibt es die Aufgabe der Politik sich stärker mit den Problemen, die sich aus sozialen Differenzierungsprozessen, neuen sozialen Ungleichheiten sowie Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung ergeben, auseinanderzusetzen.

#### **4. Nettozahler Deutschland? Eine ehrliche Kosten-Nutzen-Rechnung (Prof. Lars P. Feld)**

Kritiker bemühen gerne Deutschlands Rolle als größter Nettobeitragszahler der EU. Aber nur selten wird dabei erwähnt, dass dies für die absoluten Beiträge zum EU-Haushalt zwar stimmen mag, der Nettobeitrag pro Kopf im Jahre 2004 jedoch beispielsweise nur 87 Euro lag. Deutschland befindet sich damit auf Platz 3, hinter den Niederlanden und Schweden.

Angesichts dieser Zahlen erinnert der Autor in seinem Beitrag über die Finanzierung der EU und die Nettozahlerposition Deutschlands daran, dass eine umfassende Kosten- und Nutzenanalyse der EU-Mitgliedschaft Deutschlands nicht bei der Erfassung der Finanzströme stehen bleiben kann. Nicht zuletzt die Stabilisierung einer friedlichen Nachkriegsordnung habe sich ökonomisch für die EU und für Deutschland in hohem Maße als nützlich und vorteilhaft erwiesen.

Ausgehend von einer Analyse der Finanzströme, die Deutschland auch nach der Wiedervereinigung als Nettozahler ausweisen, lotet er die Vorteile aus dem gemeinsamen europäischen Markt für Deutschland aus. Dabei wirft er einen Blick auf die Wirtschaftspolitik in anderen Nicht-EU Mitgliedsländern, um zu eruieren, wie beispielsweise die Subventionierung der Landwirtschaft sich darstellen würde, wenn Deutschland nicht Mitglied der EU wäre.

Andererseits wird auf Basis einer Übersicht über vorhandene empirische Studien versucht, den Wohlfahrtseffekt der Marktintegration zu ermitteln. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass die Teilnahme an der Europäischen Union zu erheblichen Wettbewerbsimpulsen, einer Steigerung des Handels und letztlich auch einer Stärkung des Wirtschaftswachstums geführt haben dürfte. Deutschland wird an diesen positiven ökonomischen Effekten der Europäischen Integration einen beachtlichen Anteil haben. Die Europäische Integration sei somit eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte.

Zur Verdeutlichung werden hier noch mal die wichtigsten Elemente der Ausgaben- und Einnahmenseite genannt, aus denen sich die nachfolgenden Ergebnisse u.a. ableiten.

#### **Ausgaben:**



- Die EU-Finanzpolitik ist vor allem durch zwei große Ausgabenblöcke gekennzeichnet: die Landwirtschaftsausgaben (inkl. der marktbezogenen Ausgaben und Direktzahlungen) und die Strukturfonds (inkl. insb. der Sozial- und Regionalfonds)
- Die Mittel für Verwaltung, auswärtige Angelegenheiten, Forschung und Entwicklung betragen insgesamt unter 10 % des Gesamtbudgets und sind von untergeordneter finanzieller Bedeutung
- Mit dem EU-Haushalt wird somit vornehmlich Umverteilungspolitik betrieben
- 1970 wurden rund 92% des Budgets für Landwirtschaft ausgegeben – 2004 sind es noch 42,5 %. Tendenz weiter sinkend bis 2013
- Strukturfondsmittel 1970: 2,8 % und 2004 schon 33,7 %

#### **Einnahmen:**

- Vier Arten: Agrarabschöpfungen, Zölle auf Handel mit Drittländern (traditionelle Eigenmittel), MWSt.-Eigenmittel (seit 1979) und letztlich Einnahmen aus dem Delors I Pakets 1987 auf Basis des Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitgliedstaaten.

#### **Der Deutsche Anteil an den EU Eigenmitteln und den Ausgaben**

- Deutschlands Anteile an beidem sind im Laufe der Zeit in absoluten Zahlen gestiegen
- 2004 erhält Deutschland aus dem EU-Budget 0,5 % des BIP und zahlt 0,91 % seines BIP
- Seit 2001 ist Deutschlands Anteil an der Finanzierung des „Britten-Rabatts“ prozentual rückläufig
- Ebenso ging der relative Anteil an den Agrarausgaben von 15 % 1992 auf 13,9 % 2004 zurück

#### **Nettozahlerpositionen**

- hat sich von 1996 bis 2004 von 10,4 Mrd. ECU auf 7,1 Mrd. Euro reduziert
- Im Gegenzug nehmen der französische und niederländische Nettoanteil zu
- Politische Einflussnahme der Mitgliedstaaten im Ministerrat und auch im Parlament beeinflussen die EU-Haushaltspolitik nicht unmaßgeblich

#### **Finanzielle Vorausschau 2007-2013**

- Die Untersuchung legt – bedingt durch den Redaktionsschluss 30.11.2005 – den Vorschlag der EU-Kommission zu Grunde
- Danach hätte der Bundeshaushalt mit erheblichen Mehrbelastungen rechnen müssen
- Insbesondere im Bereich der BNE-Eigenmittel wäre es zu Mehrbelastungen Deutschlands gekommen

#### **Saldierte Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft**

- Deutschland profitiert überproportional von der zunehmenden Marktintegration
- Handelsvorteile durch die Währungsunion sowie durch den Binnenmarkt werden auch vom Sachverständigenrat als überproportional betrachtet
- Die fiskalischen Kosten der EU für Deutschland nehmen sich dagegen relativ bescheiden aus
- Deutschlands Nettobeitrag am EU-Haushalt belief sich von 1999-2003 durchschnittlich auf 0,46 %
- Selbst wenn der Kommissionsvorschlag umgesetzt worden wäre, hätte der Beitrag bei rund 0,62 % des deutschen BIP gelegen
- Der dauerhafte Wachstumseffekt des Gemeinsamen Marktes wird dagegen mit 0,6 – 0,8 % veranschlagt

#### **Fazit**

- Die Europäische Integration ist unter Einbeziehung der untersuchten Aspekte ein wirtschaftlicher Erfolg
- Weite Teile des EU-Haushalts werden für jedoch ineffiziente Programme verwendet
- Der wirtschaftliche Vorteil der europäischen Integration könnte gesteigert werden, wenn die bestehende Umverteilungspolitik geändert werden würde

#### **5. Deutschland in der EU und in der Welt: von den Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik (Dr. Diedrichs)**

Im Unterschied zu anderen Feldern wie etwa dem Außenhandel, ist der unmittelbare außenpolitische Nutzen eines Landes nur sehr schwer in Zahlen darstellbar. Wie bemisst sich z.B. eine verhinderte Krise, ein nicht ausgebrochener Konflikt oder ein unterbundener Krieg für eine mögliche Kosten-Nutzen-Analyse? Die Untersuchung versucht, zentrale Faktoren zu identifizieren und fundamentale Entwicklungslinien nachzuzeichnen, die es erlauben, die Auswirkungen der EU auf die deutsche Außenpolitik sichtbar und plausibel zu machen. Dabei werden drei Kernbereiche untersucht und dargestellt:



- Die Rolle Deutschlands durch die Einbindung in außen- und sicherheitspolitische Organisationen und Institutionen
- Ein Szenario einer möglichen Nicht-Mitgliedschaft in der EU
- Legitimationsgewinne einer EU-Mitgliedschaft sowie die Kosten

Für die Zusammenfassung der Ergebnisse wird insbesondere der letzte Punkt genauer dargestellt, der Versuch, Legitimationsgewinne und Kosten gegenüber zu stellen.

#### **Legitimationsgewinne einer europäisierten Außenpolitik**

- Durch die Einbindung in ein stabiles internationales Umfeld konnte Deutschland stark in seine eigene ökonomische und politische Stabilität und Prosperität investieren.
- Die deutsche Wiedervereinigung wäre ohne diese langjährige Einbindung sicher nicht möglich gewesen
- Die Wahrnehmung außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungen nimmt in der Bevölkerung zu. Stichwort Irak-Krieg, das 2002 quasi Wahl entscheidend war.
- Eurobarometer vom Frühjahr 2005 befürworteten 85 % der Deutschen eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU
- 78 % der Deutschen unterstützen eine gemeinsame Außenpolitik
- Abzuwarten bleibt, wie sich ernsthafte Krisen und mögliches Scheitern des internationalen Akteurs EU auswirken wird (die Balkankrise ist keineswegs beendet und auch der Einsatz in Afghanistan birgt über längere Zeit Gefahren)

#### **Kosten für die deutsche Außenpolitik: Investitionen in eine europäische Außenpolitik**

Die Mitwirkung an europäisch und atlantisch organisierter Außen- und Sicherheitspolitik verursacht in erster Linie politische und administrative Kosten.

- Kurz- und mittelfristig: Koordinierungen im europäischen Rahmen, möglicher Zeitverlust durch Abstimmungsverfahren zwischen den Partnern
- Mittelfristig: Anpassungskosten für verstärktes Engagement in der EU-Außenpolitik (militärische und zivile Einsätze im Krisenmanagement; budgetäre Anstrengungen im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Langfristig: Akzeptanz für mögliche Übereinstimmungen in Fragen der Außenpolitik sowie EU-Positionen auch gegen eigene Präferenzen

#### **Kosten und Nutzen einer europäisierten Außenpolitik: Deutschland in der EU und in der Welt**

- Die EU bietet Deutschland Stabilitäts-, Kooperations-, Effektivitäts- und Legitimationsgewinne, die es allein aus nationaler Kraft nicht mobilisieren könnte.
- Deutsche Außenpolitik war inner- und nicht außerhalb internationaler Organisationen wie EU und NATO in der Lage, ihren Einfluss auszuweiten und ihre Verantwortung zu erhöhen
- Dies galt für den Wiedereintritt in die Völkergemeinschaft 1945 und die Wiedervereinigung 1990
- Der Erweiterungsprozess kann als grandioses Konsolidierungs- und Anreizprogramm für die Länder Mittel- und Osteuropas gesehen werden, das nicht zuletzt auch ökonomisch der Bundesrepublik erhebliche Vorteile gebracht hat
- Die Kosten einer europäischen Außenpolitik liegen für Deutschland in einer solidarischen, kooperativen und partnerschaftlichen Vorgehensweise, die auch die Belange und Interessen der vermeintlich kleineren EU-Partner einbezieht.
- und in der Bereitschaft zur Übernahme einer größeren internationalen Verantwortung sowie in der Fähigkeit, sich finanziell wie militärisch an Krisenmanagementoperationen zu beteiligen und hierfür seine Streitkräfte zu modernisieren.

### **6. Deutsche Europapolitik – Strategien für einen Wegweiser: Verstärkter Nutzen durch verbesserte Integration? (Prof. Wolfgang Wessels)**

Es zeigt sich aus den ersten fünf Bereichen der Studie, dass für die deutsche Europapolitik einiger Reformbedarf besteht, der durch das abschließende Kapitel genauer benannt werden kann. Es mag zwar heikel sein, die Frage nach dem vitalen Interesse eines Landes an einer EU-Mitgliedschaft zu stellen. Aber ohne einen ausreichenden Nutzen wird kein Mitgliedstaat auf Dauer bereit sein, die EU mit zu tragen und zu unterstützen. Dies gilt auch für Deutschland. Die deutsche Europapolitik muss ihre eigenen Kosten-

Nutzen-Analyse anstellen und daraus eine schlüssige Strategie entwerfen. Der abschließende Beitrag der Studie befasst sich mit dieser Strategie.

Angesichts der jüngsten europäischen Entwicklungen (Referenden, Diskussion Türkei-Betritt, Finanzplanung) ist für viele Beteiligte und Beobachter die Unsicherheit über die nächste Phase des europäischen Projekts aber auch über eine angemessene Strategie zur Verfolgung deutscher Interessen gewachsen. Zweifel über den Nutzen festgefahrener Vorstellungen in einer veränderten Welt stellen viele Eckpfeiler bisheriger Europapolitik in Frage.

Für den Autor steht fest:

- Die EU in der heutigen Form mit 25 oder auch demnächst 27 Mitgliedern war, ist und bleibt von vitaler Bedeutung für Deutschland.
- Die EU ist ein zentraler Ordnungs-, Handlungs- und Gestaltungsrahmen für die Bundesrepublik Deutschland, deren Bedeutung durch die Globalisierung eher noch gewachsen ist.
- Aus diesen Gründen liegt es im ureigensten Interesse der deutschen Politik, eine aktive und wegweisende Rolle bei der Neuorientierung der EU zu übernehmen.

### Kritische Bestandsaufnahme

- Eine Analyse und Bewertung von Interessen in und an der europäischen Integration ist keine Majestätsbeleidigung an einem hehrem, nicht zu hinterfragenden Gebot. Die Europäische Union ist eine unter mehreren politischen Optionen, aber eine sehr wichtige.
- Eine Analyse und Bewertung von Interessen kann nicht als eine enge Kostenrechnung angelegt werden und sollte auch nicht an einzelnen Fehlentscheidungen festgemacht werden.
- Das „nationale Interesse“ sollte weder inflationär beschworen, noch als Kirchturmpolitik missverstanden werden
- Deutschland braucht auch weiterhin und angesichts globaler Veränderungen verstärkt eine tragfähige Einbettung und Verstärkung ihrer Handlungs- und Problemlösungsfähigkeiten in der EU
- Auch wenn viele Themen und Projekte derzeit noch ihren üblichen – vertraglich verankerten – Gang durch die Institutionen nehmen, so sollte die deutsche Diskussion und Debatte nicht bei einem einfachen „weiter so“ bzw. „business as usual“ stehen bleiben. Für das vitale Interesse Deutschlands ist ein Nachdenken über die Zukunft der EU von hoher Priorität.
- Die Strategiedebatte darf angesichts der Unsicherheiten nicht verschoben werden. Eine gewisse Pause sollte allerdings zur vertieften Reflektion genutzt werden.
- Insbesondere mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft besteht eine intensive Nachfrage nach dem europapolitischen Profil der neuen deutschen Regierung

### Wie europafähig ist Deutschland?

- Es gibt ein allgemeines Unbehagen darüber, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten – insbesondere zu Frankreich und dem Vereinigten Königreich – weniger fähig ist, seine Interessen auf EU-Ebene effizient und effektiv zu vertreten. Als strukturelle Schwierigkeiten werden insbesondere der föderale Aufbau und die im Grundgesetz verankerte Ressortzuständigkeit sowie Koalitionsmuster deutscher Regierungen genannt.
- Zur Verbesserung wird fast durchgängig eine stärkere Zentralisierung, Konzertierung und Hierarchisierung im Regierungsapparat gefordert – so häufig durch die Installierung eines Europaministers im Bundeskanzleramt – gestärkt durch die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers
- Auch die Vorschläge der Föderalismuskommission lassen keine Ansatzpunkte für eine effizientere Koordinierung im EU-Mehrebenensystem erkennen. Im Gegenteil: sie schreiben einen Vertretungswirrwarr fest, der im Europa der 25 zu einem massiven Verlust an Einfluss und Handlungsfähigkeit führen und die Vertretung deutscher Interessen in Brüssel weiter unterminieren wird. Die klareren Zuständigkeitsregelungen im innerstaatlichen Bereich wiegen den europapolitischen Schaden nicht auf.

Insgesamt beteiligen sich zu viele Akteure an der deutschen Europapolitik, als dass eine abgestimmte Gesamtpolitik sichtbar wäre. Vielmehr müssten Voraussetzungen geschaffen werden, durch die die Koordinierung der Europapolitik verbessert. Diese Bemühungen sollten nicht auf das Handeln im deutschen Regierungsapparat beschränkt bleiben, sondern auch das Engagement der Zivilgesellschaft einschließen. Um dieses zu entwickeln, schlägt der Autor folgende Schritte vor:



- Auf der Regierungsebene in Deutschland ist ein Anpassungsbedarf offensichtlich: Für Abstimmungen zwischen den Ministerien mit EU-Kompetenzen, deren Minister unterschiedlicher Parteien angehören, ist ein zentrales Koordinierungsgremium unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin unabdingbar. Ein Kabinettsausschuss für EU-Angelegenheiten ist einzurichten bzw. wieder zu beleben. Bestehende administrative Ausschüsse – etwa auf der Ebene von Staatssekretären – sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung zu überprüfen, um alle Entscheidungsträger einzubinden. Diese administrative Struktur sollte als Vorbereitungsgremium für das Kabinett fungieren, um die Europafähigkeit auf der Regierungsebene sicher zu stellen.
- Eine Europakonferenz bzw. ein permanenter Europakonvent, in dem Parlamentarier aus Bundestag, Europaministern der Länder, EP Abgeordneten und Akteure der europäischen Zivilgesellschaft zusammengeführt werden, sollte an der Erarbeitung von Zukunftsorientierungen für die Europa-Politik beteiligt werden. Ein hilfreiches Instrument dazu könnten regelmäßige öffentliche Hearings sein. Initiativen für ein derartiges Forum könnten vom Ausschuss des Bundestages für die Europäische Union und der Europakammer des Bundesrates ausgehen.
- Ein Sachverständigenrat, der einen jährlichen Bericht zur Lage der Europäischen Union vorlegt bzw. aus eigenem Antrieb Sondergutachten erstellt, sollte zur Vertiefung der europapolitischen Diskussion beitragen und ggf. auch dem Europakonvent zuarbeiten. Auch im Sachverständigenrat sollten europäische Experten, d.h. auch nicht-deutsche Mitglieder mitarbeiten, um der verbreiteten deutschen Nabelschau bei europäischen Themen entgegen zu wirken.

Die vollständige Studie „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“ ist als pdf zum herunterladen erhältlich auf den Webseiten der Europa-Union Deutschland [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de) und des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland [www.europaeische-bewegung.de](http://www.europaeische-bewegung.de)